Länger gemeinsam lernen

Das Freiburger Bündnis „Eine Schule für alle" ist gegründet

FREIBURG **Die Initiative „Eine Schule für alle" arbeitet seit dem Bildungskongress „Länger gemeinsam lernen" der Freiburger Grünen im November 2009 in der Katholischen Akademie auf breiter Basis. Dass hier ein Bedürfnis nach Veränderung der Verhältnisse in den Regelschulen angesprochen wird, zeigt der enorme Zulauf, den diese Initiative seit Beginn hat. Ziel des Freiburger Bündnisses ist es, eine zukunftsweisende, öffentliche Modellschule in Freiburg einzurichten, die mit dem Anspruch echter Inklusion und längerem gemeinsamen Lernen Ernst macht.**

Mehr als 30 Gruppen, Vereine, Initiativen und Institutionen haben sich zum Freiburger Bündnis „Eine Schule für alle" zusammengefunden: vom Archiv der Zukunft über den AK Bildung der Grünen, den Verein Bildung neu denken, die Fördergesellschaft der Handwerkskammer, den Deutschen Familienverband, den Gesamtelternbeirat, die GEW, den Verein Lebenshilfe, den Migrantenbeirat, den Verein Junges Freiburg, den PARITÄTISCHEN, den Ring der Körperbehinderten, den Verein Schule mit Zukunft bis hin zum Theater Freiburg – um nur einige zu nennen. Zur Gründungsversammlung am 6. März 2010 kamen 130 Interessierte.

Veränderte Schulstruktur und Schulkultur

Alle diese verschiedenen Initiativen eint, dass sie eine andere Schule wollen: eine Schule, die integriert und nicht separiert, in der länger gemeinsam gelernt und kein Kind ausgesondert wird. Es soll eine inklusive Ganztagsschule sein, in der die Kinder und Jugendlichen in ihrer natürlichen Vielfalt von Klasse eins bis zehn gemeinsam unterrichtet werden – also von lernschwach bis hochbegabt, mit Handicap oder ohne, aus bildungsfernen oder bildungsnahen Milieus, mit oder ohne Migrationshintergrund. Zu den Veränderungen in der Schulstruktur muss eine neue Schulkultur kommen: eine Schulkultur, die durch eine pädagogische Grundhaltung geprägt ist, in der die Verschiedenartigkeit der Kinder als Gewinn gesehen und die Einzigartigkeit jedes Kindes geachtet wird. Dies muss sich auch in der Unterrichtsgestaltung auswirken. Auf der einen Seite stehen Methoden, die den Kindern selbstständiges und selbstbestimmtes Lernen ermöglichen. Auf der anderen Seite wird es vielfältige Formen der Zusammenarbeit bei der Gestaltung der Schule als Lern- und Lebensort geben.

Offen für alle Interessierten

Zur Zeit ist das Bündnis dabei, strukturelle Voraussetzungen für eine längerfristige Arbeit zu schaffen, das Konzept in Arbeitsgruppen noch detaillierter auszugestalten, Anregungen von Vorbildländern und Modellschulen zu holen und nach innen wie außen Überzeugungsarbeit zu leisten. Es haben sich vier Arbeitsgruppen zu den Themen Pädagogisches Konzept, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, Rechtsfragen und ‚Integration jetzt!?' gebildet, die regelmäßig tagen. Das Freiburger Bündnis „Eine Schule für alle" ist eine offene Initiative, in der neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter jederzeit willkommen sind.

- Weitere Informationen:
  Der PARITÄTISCHE Freiburg
  Pia Maria Federer, Telefon 0761 | 4539080
  pia.maria.federer@paritaet-freiburg.de

mit letztlich in besonderem Maße der Armutsprävention, vor allem bei Kindern. Kinderarmut kann immer noch am ehesten durch die Erwerbsarbeit der Eltern verhindert werden. Deshalb steht die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf, Familie und Erwerbsleben, insbesondere bei Alleinerziehenden im Vordergrund.

Teilhabe an Erwerbsarbeit ist nach wie vor ein zentraler Schlüssel für gesellschaftliche Integration. Die anhaltende Wirtschaftskrise sorgt für hohe Arbeitslosenzahlen und mangelnde Zukunftschancen bei jungen Menschen. Deshalb müssen langzeitarbeitslose Menschen an wirkliche Erwerbsarbeit herangeführt werden, die sie motiviert und die ihnen eine dauerhafte, sozialversicherungspflichtige und existenzsichernde Beschäftigung eröffnet. Mit dem Erkennen und Nutzen des breiten Angebots- und Leistungsspektrums sozialer Beschäftigungs- und Qualifizierungsunternehmen der Sozialwirtschaft im Rahmen einer regionalen Arbeitsmarktpolitik wäre ein erster Schritt in Richtung einer zukunftsorientierten Beschäftigungspolitik getan, bei der nicht Arbeitslosigkeit, sondern Arbeit im Fokus steht (siehe dazu die ausführliche Berichterstattung in PARITÄT **inform** 1/2010). Äußerst beunruhigend ist auch, dass nach Expertenmeinung heute ein Viertel aller jungen Menschen keine oder nur unzureichende berufliche Perspektiven hat. „Übergänge mit System" – wie vom PARITÄTISCHEN vorgeschlagen – zielen auch hier auf Teilhabe statt Ausgrenzung.

Selbstbestimmtes Leben inmitten der Gesellschaft

Inklusion ist das Thema der Zeit und meint auf dem Hintergrund der UN-Konvention für die Rechte behinderter Menschen insbesondere gleichberechtigtes und gemeinsames Leben von Menschen mit und ohne Behinderung in allen gesellschaftlichen Bereichen. Sie begreift Verschiedenheit und Vielfalt ganzheitlich und wendet sich gegen Zwei-Gruppen-Kategorien wie „Deutsche und Ausländer" oder „Behinderte und Nichtbehinderte". Teilhabe lässt sich überall dort verwirklichen, wo Menschen mit und ohne Behinderung leben, wohnen, arbeiten, spielen, lernen, einkaufen gehen oder ihre Freizeit verbringen. Inklusion bedeutet ein Umdenken und eine Konzentration auf Unterstützungsangebote, die auf die jeweilige Person zugeschnitten sind, die, unabhängig von Art und Schwere einer Behinderung, sich an den individuellen Bedürfnissen und Interessen orientieren und eben gerade auch schwerstbehinderte Menschen einbeziehen. Es geht nicht darum zu schauen, wohin der einzelne Mensch passt und an- und eingepasst wird. Es geht vielmehr darum, ihm die Unterstützung und ein Wunsch- und Wahlrecht zu geben, die er für ein selbstbestimmtes Leben inmitten der Gesellschaft braucht.

Integration von Migrantinnen und Migranten

Inklusion meint zugleich auch die Integration von Migrantinnen und Migranten. Die Vielfalt der Einwanderungsgesellschaft ist heute in jeder Gemeinde abgebildet. Ob in der Kinder- und Jugendhilfe, der Behindertenhilfe, der Altenhilfe oder in anderen Bereichen haben wir es schon lange mit Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit Migrationshintergrund zu tun. Integration ist zu einem besonders bedeutsamen Handlungsschwerpunkt für jedes Gemeinwesen, jede Kommune und jeden Landkreis geworden. Bislang fehlt jedoch vielen Menschen mit Migrationshintergrund noch der selbstverständliche Zugang zu zentralen gesellschaftlichen Bereichen. Zahlreiche Gruppen von Migrantinnen und Migranten sind überdurchschnittlich von sozialer Benachteiligung, Bildungsdefiziten, Arbeitslosigkeit und Armut betroffen. Vielfach bestehen noch Zugangsbarrieren und Hemmschwellen gegenüber sozialen Diensten und Bildungseinrichtungen, sodass für die Betroffenen besondere Unterstützungsangebote nötig sind. Gerade im lokalen Raum sind Initiativen zu implementieren, um Menschen mit Migrationshintergrund volle gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, Benachteiligungen auszugleichen und ganz besonders den Kindern und Jugendlichen, die hier aufwachsen, gerechte Chancen auf Bildung, Beruf und Partizipation zu eröffnen.

Zentrale Aufgabe ist es, überall darauf hinwirken, die Inklusion von Menschen mit Migrationshintergrund zu unterstützen. Die soziale Arbeit hat sich hier an der eigenen Nase zu fassen: in den Regeldiensten sollten die interkulturelle Kompetenz weiter gestärkt und noch mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund für die verschiedenen Arbeitsfelder gewonnen werden.

Dr. Hermann Frank

Mittendrin statt außen vor

Die diesjährige Mitgliederversammlung des PARITÄTISCHEN Baden-Württemberg findet unter dem Motto „Mitten drin statt außen vor" am 23. Juli 2010 ab 9.30 Uhr im SpOrt Stuttgart statt.

Am Vormittag werden Fachforen zu folgenden Themen angeboten:

- Die Finanzkrise und ihre Folgen für Sozialpolitik und Sozialwirtschaft
- Kinder brauchen mehr!
- Berufliche Teilhabe für alle jungen Menschen
- Das selbsthilfefreundliche Krankenhaus – Selbsthilfe in Kooperation mit Krankenhäusern
- Gewalttätigkeit und Selbstzerstörung bei Jugendlichen: Welche Reaktionen und hilfreiche Antworten bietet unsere Gesellschaft auf solche nicht grundsätzlich neuen Phänomene?

Der Nachmittag ist der nichtöffentlichen Mitgliederversammlung mit Verbandsregularien vorbehalten. Anmeldeschluss: 09. Juli 2010. Weitere Informationen im Internet unter www.paritaet-bw.de und bei Dr. Hermann Frank, frank@paritaet-bw.de.